



**FWV** UNABHÄNGIG  
ORTSVERBUNDEN  
BÜRGERNAH

Freie Wähler Dußlingen

FWV Dußlingen – Klaus Zürn, Eschenweg 23, 72144 Dußlingen



Klaus Zürn



Bernd Zürn



Monika Georgi



Otto Reutter

## **FWV –Präsentation zum Haushalt 2021 - Haushaltsrede**

**Nachdem der kommunalen Haushalt 2021 eine Deckungslücke von 347.860,- € ausweist, führt dies zu einem nicht ausgeglichenem Haushalt.**

**Zitat Haushaltsplan 2021 „Allgemeine Daten“**

**„ Die Aufgabenseite entwickelt sich aufgrund von Kostensteigerungen und Lohnerhöhungen laufend nach oben.....  
..... aus diesem Grund ist es erforderlich, auf Seiten der Gebühren und Steuern Maßnahmen zu ergreifen, damit der Haushalt ausgeglichen wird. „**

**Lassen Sie sich von uns auf eine Reise mitnehmen, die das ganze Spektrum dieser Thematik beleuchtet.**

**Grundsteuer / Gewerbesteuer  
Und die viel und gerne zitierte  
soziale Verantwortung**

Dieses Jahr,  
wie letztes  
und das Jahr zuvor

geht es mal wieder darum, dass die Grund- und Gewerbesteuern erhöht werden sollen.

Listensprecher: Klaus Zürn, Eschenweg 23, Tel. 07072 / 50214

Bernd Zürn, Schillerstr. 18, Tel. 07072/920967 - -Monika Georgi Lehrgasse 29, Tel. 07072/921707 – Otto Reutter, Goethestr. 6, Tel. 07072/8632

## **Doch woher kommt das Geld und wer bezahlt dafür?**

Das Geld kommt aus dem Mittelstand dem Wirtschaftsmotor Deutschlands:

99,6 % aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Betriebe

83 % aller Lehrlinge werden vom Mittelstand ausgebildet

58 % der Nettowertschöpfung entfällt auf KMU ( Klein- u. Mittelstand )

58 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten arbeiten bei KMU

Klein u. Mittelst. Unternehmen. (bis zu 9 Beschäftigte) erwirtschaften einem Umsatz von 5,55 Billionen € mit 39,67 Millionen Beschäftigten.

→ 58% aller Bundesbürger sind also im Klein- und Mittelstand beschäftigt!

Nun betrachten wir einmal das Ungleichgewicht derer welche die Steuern erarbeiten müssen, mit all denen, die es verwalten und ihre Gehälter daraus beziehen.

**Der Durchschnittsgehalt bei Friseur, in liegt z.B. bei**

**1326,- € bis 1800,- € brutto**

**Im Vergleich sehr viel höher:**

Durchschnittsgehalt im öffentlichen Dienst und bei Verwaltungsangestellten

Durchschnittsgehalt von Lehrern

Durchschnittsgehalt in der Kinderbetreuung.

Wer trägt die Kommune? Ist das sozial?

Jetzt könnte man sich fragen, was hat die Gewerbesteuer mit den Beschäftigten im Mittelstand zu tun?

Ein großer Teil der Mitarbeiter im Mittelstand ist auf Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und betriebliche Gewinnausschüttungen angewiesen. Die Gewerbesteuer schmälert aber den Gewinn.

Dies bedeutet für die Mitarbeiter unweigerlich: **Kürzungen von Provisionen** und evtl. **Weihnachtsgeld!**

- Einen großen Teil der Gewerbesteuererhöhung zahlen die Mitarbeiter.
- Entspricht einer zusätzlichen Umverteilung vom gewerblichen in den (privilegierten) staatlichen Beschäftigungssektor

Das bedeutet, um die (im Vorwort) angeführten ständigen Lohnerhöhungen und Leistungsausgleiche im öffentlichen Dienst bezahlen zu können, wäre es schon recht, wenn der Geringverdiener noch etwas von seiner Provision beisteuern könnte.

Die Wurst liegt schon lange nicht mehr auf seinem Brot. Braucht er dann noch die Butter?

**Ist das die soziale Verantwortung?**

Na dann lassen sie uns mal in Zahlen sprechen:

## Wer bezahlt das Ganze?

Wenn wir im Rat mal so mir nichts dir nichts die Steuern erhöhen mit der Begründung: „ Muss halt sein „

Unsere festgestellten Zahlen vom Haushaltsjahr 2019

Grundsteuer B	630.00,- €
Bezahlt zu großen Teilen der Mittelständler in der Miet-Nebenkosten- Abrechnung	
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	3.472.298,- €
Bezahlt der Mittelständler mit der Lohnsteuer	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	309.735,-€
Bezahlt er mit jedem Einkauf + Gewerbeumsatzsteuer	
Gewerbesteuer	1.620.921,- €
Bezahlt er mit Schmälerung seiner Provision	

→ Alle diese Steuern werden direkt (Einkommens- und Umsatzsteuer) oder indirekt (Grundsteuer und Gewerbesteuer) an den Kleinverdiener weitergegeben.

→ Für viele der 40 Millionen Beschäftigte und ihre Familien bedeutet das eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation.

Aber lassen sie uns weiter in Fakten sprechen:

Ein kleiner Ausflug zu den Personalkosten in unserem Haushalt:

Veranschlage Personalkosten für 2021 sind **4.224.250,-€**

Eine Jährliche Tariferhöhung mit 1,5 % und Leistungszulage kostet uns pro Jahr

zusätzlichgeschätzt ca. **110.000 - 150.000,- €**  
ohne Corona – Zuschlag  
**Aktuell dieses Jahr**

Nach nur 5 Jahren sind das ca. **550.000 – 750.000,- €**  
Je nach Tarifabschluss

Ein Gedankenspiel:

Angenommen wir würden alle sozialen Aspekte bezüglich der Mitarbeiter und ihrer Familien außer Acht lassen und die Steuern auf das max. von der Verwaltung vorgeschlagene erhöhen.

Dann wäre mit Mehreinnahmen beider Steuern von **158.000,- €** zu rechnen.

Vorausgesetzt, die Gewerbesteuer würde so sprudeln wie die Jahre zuvor, mit was nicht zu rechnen ist.

Es bedarf dann nur einer Tariferhöhung mit 2 % im öffentlichen Dienst, um diese Einnahmen in einem Jahr zu Nichte zu machen.

UND DANN ? – Nächstes Jahr ?

Lösung / Problem

Es geht nicht im Ansatz um die hier vorne sitzende Verwaltung.

Der größte Teil der Personalkosten fließt in die Kinderbetreuung, welche vom Land oder Bund uns vorgegeben werden.

Im Dußlinger Haushalt können **1,2 Millionen** der Kindebetreuung nicht gedeckt werden.

Hier liegt ein weiterer großer Fehler im System!

Es ist beileibe nicht die Straßensanierungen oder die Freiwilligkeitsleistungen, was zu unausgeglichenen Haushalten führt,

sondern ausschließlich die

### **PERSONALKOSTEN**

Ohne die fehlenden Mittel der Kinderbetreuung mit 1.2 Millionen € hätte Dußlingen ein positives Ergebnis mit 899.000,- €.

Diese positiven Mittel müssten dann aber für spätere Jahre als Rücklage für die ständiger Tarif und Leistungszulagen zurückgelegt werden, so wird die Verschuldung auf ca. 6 Jahre hinausgeschoben.

Dann wäre aber Schichtende im Schacht.

Das wäre es dann endgültig mit positiven Haushalten.

Da die Entscheidungsträger in Bund und Land aber von den selben, oder ähnlichen Tarif- und Leistungszulagen profitieren, wird die soziale Gleichstellung zum Mittelstand sicher noch auf sich warten lassen.

Und bitte keine politisches Ablenkmanöver mit sozialen Floskeln wie, dann fordern wir für die untere Mittelschicht einen höheren Mindestlohn, nein liebe Freunde, es sind **die hausgemachten Personalkosten**.

Und im Übrigen würde der Einzelhandel sehr gerne nicht nur 12,- € / Std sondern 18,- € Mindestlohn bezahlen. Doch unterliegt er der freien Wirtschaft und kongruiert mit dem Online- Handel und der Mindestlohn hat in dieser Branche bisher nur zu Schließungen, Zwangsfusionen und Entlassungen geführt. Der Einzelhandel stirbt. Aber das ist ein anderes Thema.

Nun lassen sie uns noch kurz die Grundsteuer beleuchten:

# Die Grundsteuer

Wird zu 100% an Mieter weitergereicht.

Das trifft wiederum einen großen Teil der 40 Mio. im Mittelstand Beschäftigte.

Es trifft also einen großen Teil der 57% der in Deutschland arbeiteten Beschäftigten

In der letzten Sitzung wurde bei uns in Dußlingen ein sozialer Wohnungsbau mit 13 Wohnungen auf den Weg gebracht.

Hier im Rat – allgemeiner Konsens –, „ Man müsse nun soziale Verantwortung zeigen und Zeichen setzen. „

In Form eines  
Kommunalen Weihnachtsgeschenkes ?

Die gering verdienenden Bürger müssen also mit höheren Belastungen durch Steuererhöhungen ihren eigenen sozialen Wohnungsbau finanzieren.

Das ist so, als würde man seinem Nachbarn in Knie schießen um ihn dann barmherzig zu verbinden.

Meine Damen und Herren

**Es ist jetzt genug, nicht mit der FWV Dußlingen!  
Wir erheben die Stimme für viele der 40 Millionen Mitarbeiter im Mittelstand**

Wir fordern Land auf, Land ab alle Gemeinde  
und Stadtratskollegen/innen auf:

Stehen sie hinter einem Großteil diesen 40 Millionen Bürgern und lassen Sie,  
solange bis eine Änderung und soziale Gleichstellung erfolgt, keine weitere  
Erhöhung der Gewerbe und Grundsteuer mehr zu, zeigen Sie soziale  
Verantwortung!

Schützen Sie die hart arbeitenden Bürger und ihre Lebensgrundlage!

Zeigen auch Sie, dass durch die rasant steigenden Personalkosten die  
Haushalte so oder so nicht mehr auszugleichen sind.

Es ist der direkte Weg in die Verschuldung

Wählen auch Sie in Ihrer  
Haushaltsplanungsberatung

**die Dußlinger Lösung!**

Keine Steuererhöhung – **der Boykott**

Diese Präsentation kann für Ihrer Rats- Argumentation von unserer Home-Page

**[www.fwv-dusslingen.de](http://www.fwv-dusslingen.de)**

inkl. der Haushaltsrede heruntergeladen werden.

Es wird Sie verwundern, wenn Sie unsere Haushaltszahlen durch Ihre ersetzen.

Unser Brief, Mail, Fax usw. geht an alle für uns erreichbaren Zeitungen in Ihrer Region und an alle FWV – Stadt- und Gemeinderäte

Vorerst in Baden-Württemberg

## **Das Allerheilmittel**

**„Steuererhöhung“**

**Unausgeglichene Haushalte,**

**zu hohe Personalkosten**

**gehen Sie mit uns und fordern Sie soziale Verantwortung ein**

**die Dußlinger Lösung**

**der Boykott**

**Im Anhang finden Sie eine Präsentation, die die Problematik aufzeigt und erklärt, wer das Ganze immer bezahlen muss und wie es zu den enormen Personalkosten kommt.**

**Vielen herzlichen Dank der Verwaltung und unseren Gemeinderatskollegen, innen für die gute Zusammenarbeit und ihre geschätzte Aufmerksamkeit.**

**Wir würden uns freuen, wenn Sie sich in der Vorweihnachtszeit darüber Gedanken machen würden.**

**Wir wünschen Ihnen eine schöne, besinnliche Weihnacht und ein gesundes und finanziell auskömmliches neues Jahr.**

FWV – Dußlingen / Landkreis Tübingen

Klaus Zürn

Bernd Zürn

Monika Georgi

Otto Reutter

Listensprecher: Klaus Zürn, Eschenweg 23, Tel. 07072 / 50214

Bernd Zürn, Schillerstr. 18, Tel. 07072/920967 - -Monika Georgi Lehrgasse 29, Tel. 07072/921707 – Otto Reutter, Goethestr. 6, Tel. 07072/8632